Lösung zu Beispiel 31: Aufgeld bei Wandelschuldverschreibung

Wandelschuldverschreibungen sind dadurch gekennzeichnet, dass sie nach der Definition des § 221 Abs. 1 Satz 1 AktG Schuldverschreibungen sind, bei denen den Gläubigern ein Umtauschrecht auf Aktien eingeräumt wird. Die Wandelschuldverschreibungen räumen dem Inhaber ein **Wahlrecht** ein, am Ende der Laufzeit entweder (1) die Rückzahlung des Nominalbetrages der Wandelschuldverschreibung zuzüglich Zinsen zu erhalten oder (2) die Wandelschuldverschreibung in Aktien der Gesellschaft umzutauschen.

Das Beispiel 31 „Aufgeld bei Wandelschuldverschreibung“ ist nicht in das Lehrbuch aufgenommen und wird hier eingefügt. Die A AG gibt am 1.1.10 eine Wandelschuldverschreibung mit nominal 10 Mill. € aus. Der Ausgabebetrag der Anleihe beinhaltet einen Aufschlag für das Wandlungsrecht von 25 % auf den Nominalbetrag. Der Rückzahlungsbetrag ist gleich dem Nominalbetrag der Schuldverschreibung. Die Anleihe wird bei einer Laufzeit von 10 Jahren mit dem Kapitalmarktzins von 6 % verzinst.

Es ist der in die Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 2 HGB einzustellende Betrag zu bestimmen und der Vorgang zum 1.1.10 darzustellen. Der in die **Kapitalrücklage** nach § 272 Abs. 2 Nr. 2 HGB einzustellende Betrag errechnet sich $10 \text{ Mill. €} \cdot 0,25 = 2,5 \text{ Mill. €}$.

In der Buchführung stellt sich der Vorgang zum Ausgabezeitpunkt 1.1.10 wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva	Buchführung AG zum 1.1.10		Passiva
Flüssige Mittel	12.500	Kapitalrücklage	2.500
		Wandelschuldverschreibung	10.000

In der Bilanz zum 31.12.10 stellt sich der Vorgang ohne Berücksichtigung der Einnahmen der A AG aus den vereinnahmten flüssigen Mitteln wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva	Bilanz A AG zum 31.12.10		Passiva
Flüssige Mittel	11.900	Kapitalrücklage	2.500
		Wandelschuldverschreibung	10.000
		Jahresfehlbetrag	- 600

Aktiva	Gewinn- und Verlustrechnung 10		Passiva
Zinsaufwendungen	600	Jahresfehlbetrag	600

Lösung zu Beispiel 32: Disagio und Aufgeld bei Wandelschuldverschreibung

Das unter der aktiven Rechnungsabgrenzung auszuweisende Disagio ergibt sich aus der Summe der Barwerte der Minderzahlungen von 200 Tsd. € p.a.

Der **Faktor** für die Bestimmung des Barwertes einer nachschüssigen Rente bei einer Laufzeit von 10 Jahren und einem Zinssatz von 6 % ergibt sich mit 7,3601

Bei Multiplikation des Barwertfaktors mit der jährlichen Zinsdifferenz von 200 Tsd. € erhält man das **Disagio** mit 1,472 Mill. €.

Der in die **Kapitalrücklage** nach § 272 Abs. 2 Nr. 2 HGB einzustellende Betrag ergibt sich dann aus Ausgabebetrag 11 Mill. € + Disagio 1,472 Mill. € – Rückzahlung 10 Mill. € = 2,472 Mill. €.

In der Buchführung stellt sich der Vorgang zum Ausgabezeitpunkt 1.1.10 wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva	Buchführung A AG 10		Passiva
Flüssige Mittel	11.000	Kapitalrücklage	2.472
Rechnungsabgrenzung Disagio	1.472	Wandelschuldverschreibung	10.000

Lösung zu Beispiel 33: Kapitalrücklage bei Kapitalherabsetzung

Wie im Lehrbuch angeführt beabsichtigt die A GmbH aufgrund eines erwarteten hohen Jahresfehlbetrages für das Geschäftsjahr 10 das Stammkapital in Höhe von 5 Mill. € um 2 Mill. € herabzusetzen.

Als Grundlage für den zu treffenden Beschluss über die vereinfachte Kapitalherabsetzung erstellt die A GmbH auf den 31.12.10 eine Plan-Bilanz unter Einbeziehung der erwarteten Daten. Die Plan-Bilanz stellt sich wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva	Planbilanz A GmbH zum 31.12.10		Passiva
Anlagevermögen	7.690	Gezeichnetes Kapital	5.000
Umlaufvermögen	2.410	Kapitalrücklage	200
		Gewinnrücklagen	600
		Jahresfehlbetrag	- 2.800
		Rückstellungen	2.300
		Verbindlichkeiten	4.800

Abweichend von der Planbilanz ist der erwartete Jahresfehlbetrag nicht 2,8 Mill. € sondern 1,2 Mill. €. Um Differenz von 1,4 Mill. € ist das Eigenkapital der A GmbH zu berichtigen. Möglich ist die Kürzung der Aktiva oder die Erhöhung der Passiva als Eigenkapital.

Da die Kürzung der Aktiva mit der Kapitalherabsetzung nicht im Zusammenhang steht und unter bestimmten Voraussetzungen, z.B. bei Nominalwerten, auch nicht gekürzt werden kann, ist eine Korrektur nur durch Erhöhung der Kapitalrücklage möglich. Nicht zulässig ist der volle oder anteilige Ansatz eines ausschüttbaren Bilanzgewinns.

Erfolgt die Korrektur der Planbilanz über die Kapitalrücklage, stellt sich die bereinigte Plan-Bilanz der A GmbH zum 31.12.10 wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva	bereinigte Planbilanz 1 A GmbH zum 31.12.10		Passiva
Anlagevermögen	7.690	Gezeichnetes Kapital	3.000
Umlaufvermögen	2.410	Kapitalrücklage	0
		Gewinnrücklagen	0
		Jahresfehlbetrag	0
		Rückstellungen	2.300
		Verbindlichkeiten	4.800

In der bereinigten Planbilanz 1 ist zur Auflösung des zunächst gesamten erwarteten Fehlbeitrages von 2,8 Mill. € durch Kürzung des Gezeichneten Kapitals um 2.000 Tsd. €, sowie der Auflösung der Kapitalrücklage um 200 Tsd. € und der Gewinnrücklagen um 600 Tsd. € vorgenommen worden.

Abweichend von der bereinigten Planbilanz 2 ist der zu verrechnende Jahresfehlbetrag nicht 2,8 Mill. €, sondern 1,2 Mill. €. Um den Differenzbetrag ist das Eigenkapital der A GmbH zu berichtigen.

Hierzu steht theoretisch die Kürzung der Aktiva oder die Erhöhung der Passiva als Eigenkapital offen. Da erstere mit der Kapitalherabsetzung nicht im Zusammenhang steht und unter bestimmten Voraussetzungen, z.B. bei Nominalwerten, auch nicht gekürzt werden kann, ist eine Korrektur nur durch Erhöhung des Eigenkapitals, und dort der Kapitalrücklage möglich. Nicht zulässig ist der volle oder anteilige Ansatz eines ausschüttbaren Bilanzgewinns.

Erfolgt die Korrektur über die Kapitalrücklage, so stellt sich die Planbilanz 2 der A GmbH wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva	bereinigte Planbilanz 2 A GmbH zum 31.12.10		Passiva
Anlagevermögen	7.690	Gezeichnetes Kapital	3.000
Umlaufvermögen	4.010	Kapitalrücklage	1.600
		Gewinnrücklagen	0
		Jahresfehlbetrag	0
		Rückstellungen	2.300
		Verbindlichkeiten	4.800

Lösung zu Beispiel 34 Nr. 1: Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen

Wegen der wesentlichen Änderung der Bilanzierung von eigenen Anteilen als Aktivposten und der Aufhebung der bisher vorgeschriebenen Rücklage für eigene Anteile wird das Problem der Bilanzierung in dem vorliegenden Beispiel auf die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Bilanzierungsproblem begrenzt.

Die Anschaffungskosten der Aktien der M AG als einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen (z.B. Mutterunternehmen) errechnen sich:

aus dem Erwerb des Anteils der Aktien errechnet sich mit 7,5 Mill. mal 0,02 = 150 Tsd. Aktien.

Die Anschaffungskosten sind 150 Tsd. Aktien zu 31 € pro Stück = 4,65 Mill. €, zuzüglich der Maklerprovision von 0,2 % = zusammen 4,743 Mill. €.

Lösung zu Beispiel 34 Nr. 2: Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen

Nach dem neu gefassten § 272 Abs. 4 HGB in Höhe des Betrages des Aktivpostens „**Anteile an einem herrschenden und/oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen**“ unter den Rücklagen auszuweisen. Anzusetzen ist der Betrag, der dem auf der Aktivseite angesetzten Betrag des Vermögensgegenstandes entspricht. Im vorliegenden Fall sind dies 4.743 Tsd. €. Anzusetzen ist der Betrag aus frei verfügbaren Rücklagen, d.h. hier, von den anderen Gewinnrücklagen.

Die maßgeblichen Posten stellen sich nach vorgenommener Umbuchung in der Bilanz der B AG zum 31.12.10 wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva	Bilanz B AG zum 31.12.10	Passiva	
Anteile an verb. Unternehmen	4.743	Gezeichnetes Kapital	20.000
Andere Vermögensgegenstände	44.680	Kapitalrücklage	12.850
		Gewinnrücklagen:	
		gesetzliche Rücklage	450
		satzungsmäßige Rücklage	2.200
		Rücklage für Ant. an verb. Unternehmen	4.743
		andere Gewinnrücklagen	8.080
		Bilanzgewinn	1.100

Lösung zu Beispiel 34 Nr. 3: Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen

Aus den obigen Angaben ist nicht zu entnehmen, dass die Anteile an der M AG in nächster Zukunft veräußert werden sollen. Besteht die Absicht, die Anteile aber weiterhin zu halten, ist der beizulegende Zeitwert der Aktien auf der Grundlage des Wiederbeschaffungspreises zu bestimmen. Er setzt sich aus dem aktuellen Marktpreis und den Anschaffungsnebenkosten zusammen.

Der beizulegende Zeitwert der Anteile zum 31.3.11 ist wie folgt zu ermitteln: Der Kurs der Aktien der beherrschenden Gesellschaft M AG ist 34 €. Die Maklerprovision 0,2 %. Bei 150 Tsd. Aktien errechnet man die Wiederbeschaffungskosten mit 150 Tsd. Stück mit 34 € pro Stück = 5,1 Mill. € zuzüglich Maklerprovision von 10,2 Tsd. € = 5.110,2 Tsd. €.

Die Zwischenbilanz der B AG zum 31.12.10 bezüglich der maßgeblichen Posten der Anteile an dem Mutterunternehmen M stellt sich wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva	Bilanz B AG zum 31.12.10	Passiva
Anteile. an verb. Unternehmen	4.743	Flüssige Mittel (Ausgaben bei Erwerb) 4.743
		andere Gewinnrücklagen (Auflösung) - 4.743
		Rücklage für Anteile an verbundene Unternehmen 4.743

Die maßgeblichen Posten stellen sich bei nicht vorgenommener Werterhöhung des Börsenkurses der Anteile an verbundenen Unternehmen in der Bilanz der B AG zum 31.03.11 wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva	Bilanz B AG zum 31.03.11	Passiva
Anteile. an verb. Unternehmen	4.743	Gezeichnetes Kapital 20.000
Andere Vermögensgegenstände	44.680	Kapitalrücklage 12.850
		Gewinnrücklagen:
		gesetzliche Rücklage 450
		satzungsmäßige Rücklage 2.200
		Rücklage für Ant. an verb. Unternehmen 4.743
		andere Gewinnrücklagen 8.080
		Bilanzgewinn 1.100

Lösung zu Beispiel 35 Nr. 1: Wertaufholung

Die **Steuerbelastung** aus der Wertaufholung errechnet sich nach der Formel:

$$S = (s_G + (1 - s_G) s_K) W$$

Mit S = Steuerbelastung aus der Wertaufholung, s_G = Gewerbeertragsteuersatz, s_K = Körperschaftsteuersatz und W = Wertaufholung.

Bei Einsetzen der oben ermittelten Steuersätze und Beträge erhält man die Steuerbelastung der Wertaufholung mit:

$$S = (0,15 + (1 - 0,15) 0,25) 4.855 \text{ Tsd. €} = 1.759.937,5 \text{ €}.$$

Der in die anderen Gewinnrücklagen einzustellende Eigenkapitalanteil E ergibt sich als Differenz zwischen Wertaufholung W und Steuerbelastung S mit:

$$E = W - S = 4.855.000 \text{ €} - 1.759.937,5 \text{ €} = 3.095.062,5 \text{ €}.$$

Lösung zu Beispiel 35 Nr. 2: Wertaufholung

Die Bilanz der B AG zum 31.12.09 ist in der Darstellung des Beispiels auf den maßgeblichen Teil der Aktiv Posten begrenzt. Zur besseren Übersicht kann die Bilanz fiktiv um die Passivposten ergänzt werden, wobei die Passivposten auf die Posten Eigen- und Fremdkapital zusammengefasst werden. Die Bilanz stellt sich danach wie folgt dar (Beträge in €):

Aktiva	Bilanz B AG zum 31.12.09		Passiva
Immaterielle Vermögensgegenst.	1.250.000	Eigen- und Fremdkapital	13.180.000
Sachanlagen	5.375.000		
Finanzanlagen	3.645.000		
Vorräte	2.910.000		

Zur Ergänzung werden die Abschreibungspositionen in der Gewinn- und Verlustrechnung im Jahr 2009 aus den Vorgaben der planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen der in der Bilanz angeführten Posten angeführt. Die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung stellen sich wie folgt dar (Beträge in €)

Aufwendungen	Gewinn- und Verlustrechnung B AG zum Jahr 09		Erträge
Abschreibungen immaterielle Vermögensgegenstände:		Abschreibungen erfolgsneutral	5.580.000
planmäßig	150.000		
außerplanmäßig	450.000		
Abschreibungen Sachanlagen:			
planmäßig	575.000		
außerplanmäßig	1.125.000		
Abschreibungen Finanzanlagen	2.655.000		
Abschreibungen Vorräte	625.000		

Die Zurechnung der Wertaufholungen außerordentlicher Abschreibungen im Geschäftsjahr 09 betrifft die immateriellen Vermögensgegenstände mit 459 Tsd. €, Sachanlagen mit 1.125 Tsd. €, Finanzanlagen mit 2.655 Tsd. € und Vorräte mit 625 Tsd. €.

Die Wertaufholungen der außerplanmäßig abgeschriebenen Posten (ohne die Fortschreibung der planmäßigen Abschreibungen) und ihre Wirkungen auf andere Bilanzposten stellen sich wie folgt dar (Beträge in €):

Aktiva	Bilanz B AG zum 31.12.09		Passiva
Immaterielle Vermögensgeg.	1.700.000	Eigen- und Fremdkapital	13.180.000
Sachanlagen	6.500.000	andere Gewinnrücklagen	3.095.062
Finanzanlagen	6.300.000	Steuerverbindlichkeiten	1.759.938
Vorräte	3.535.000		

Der Vorgang ist erfolgsneutral, so dass weder Aufwendungen noch Erträge aus der Wertaufholung entstehen. Die Gewinn- und Verlustrechnung wird von dem Vorgang nicht berührt.

Aufwendungen	GuV B AG 10		Erträge
Aufwendungen	0	Erträge	0

Lösung zu Beispiel 36 Nr. 1: Genussrechtskapital mit Verlustbeteiligung und Vergütung

Ein vorläufiger Jahresfehlbetrag von 820 Tsd. € ergibt sich aus der Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen vor Berücksichtigung des von dem Genussrechtsinhaber D zu übernehmenden Verlustanteils; dieser orientiert sich an der Quote von 10 % und der Höhe des Jahresfehlbetrags mit 820 Tsd, € · 0,1 = 82 Tsd €.

Der von D zu übernehmende Verlustanteil führt nicht zu einer Forderung der B AG gegenüber dem Genussrechtsinhaber D, sondern zu einer Verminderung des Genussrechtskapitals. Für die A AG ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von 738 Tsd. €.

Zum 31.12.09 stellt sich die Bilanz und die GuV der A AG in grober Zusammenfassung wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva	Bilanz A AG zum 31.12.09		Passiva
Anlagevermögen	3.900	Eigenkapital	2.500
Umlaufvermögen	3.080	Jahresfehlbetrag	- 738
		Genussrechtskapital D	1.218
		Fremdkapital	4.000

Aufwendungen	Gewinn- und Verlustrechnung A AG 09		Erträge
Aufwendungen	16.420	Erträge	15.600
		Erträge aus Verlustübernahme D	82
		Jahresfehlbetrag	738

Lösung zu Beispiel 36 Nr. 2: Genussrechtskapital mit Verlustbeteiligung und Vergütung

Ein vorläufiger Jahresüberschuss von 1.020 Tsd. € ergibt sich aus der Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen vor Berücksichtigung des dem Genussrechtsinhaber D zufließenden Gewinnanteil von 102 Tsd. €.

Der dem D zufließende Gewinnanteil ist zuerst für die Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals von 1.218 Tsd. € auf 1.300 Tsd. € zu verwenden. Der übersteigende Betrag von 20 Tsd. € sind Zinseinnahmen des Genussrechtsinhaber D.

Für die A AG ergibt sich im Geschäftsjahr 10 ein Jahresüberschuss von 918 Tsd. €. Gegen diesen Betrag kann der Verlustvortrag aus dem Geschäftsjahr 09 verrechnet werden, so dass bei Nichtvornahme von Rücklageneinstellungen ein Bilanzgewinn in Höhe von 180 Tsd. € entsteht.

Zum 31.12.10 stellt sich die Bilanz und die GuV der A AG in grober Zusammenfassung wie folgt dar (Beträge in Tsd. €):

Aktiva	Bilanz A AG zum 31.12.10		Passiva
Anlagevermögen	3.900	Eigenkapital	2.500
Umlaufvermögen	4.100	Verlustvortrag aus 09	- 738
		Jahresüberschuss 10	918
		Genussrechtskapital D	1.300
		Fremdkapital	4.000
		Verbindlichkeiten gegenüber D	20

Aufwendungen	GuV A AG 10		Erträge
Aufwendungen	17.740	Erträge	18.760
Aufwand Verlustausgleich aus 09			
Genussrechtskapital D	82		
Aufwand Zins Genussrechtskapital D	20		
Jahresüberschuss	918		

Lösung zu Beispiel 37 Nr. 1: Pensionen mit Rentenbarwert

(1) Ermittlung des Rentenbarwerts (Zins 6 %) zum 1.1.10:

Man errechnet den Rentenbarwert B der Rente des Rentners R zu Beginn des Jahres 10 auf der Basis einer Zahlung zum 1.1.10 von 6 Tsd. € und fünf Zahlungen in Höhe von jeweils 6 Tsd. € von 1.1.11 bis 1.1.15, bei Zugrundelegung einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 75 Jahren und einem Zinssatz von 6 % € mit:

$$B = 6.000 \text{ €} + 6.000 \text{ €} \cdot 4,21236 = 31.274 \text{ €}.$$

(2) Ermittlung des Rentenbarwerts (Zins 6 %) zum 31.12.10:

Man errechnet den Rentenbarwert B der Rente des Rentners R zum 31.12.10 auf der Basis einer Zahlung zum 1.1.011 von 6 Tsd. € und vier Zahlungen in Höhe von jeweils 6 Tsd. € von 1.1.12 bis 1.1.15, bei Zugrundelegung einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 75 Jahren und einem Zinssatz von 6 % € mit:

$$B = 6.000 \text{ €} + 6.000 \text{ €} \cdot 3,4651056 = 26.791 \text{ €}.$$

Lösung zu Beispiel 37 Nr. 2: Pensionen mit Rentenbarwert

(1) Ermittlung des Rentenbarwertes (Zins 6 %) zum 31.12.10:

Man errechnet den Rentenbarwert B der Rente des Rentners R zum 31.12.10 auf der Basis verlängerter durchschnittlicher Lebenserwartung, einer Zahlung zum 1.1.10 von 6 Tsd. € und vier Zahlungen in Höhe von jeweils 6 Tsd. € von 1.1.11 bis 1.1.15 sowie einer Zahlung von 3 Tsd. € zum 1.1.12; Zinssatz 6 % mit:

$$B = 6.000 \text{ €} + 6.000 \text{ €} \cdot 3,465105 + 3.000 \text{ €} \cdot 1,06^5 = \\ = (6.000 + 20.791 + 2.242) \text{ €} = 29.033 \text{ €}.$$

(2) Ermittlung des Rentenbarwertes (Zins 5 %) zum 31.12.10:

Man errechnet den Rentenbarwert B der Rente des Rentners R zum 31.12.10 auf der Basis verlängerter durchschnittlicher Lebenserwartung, einer Zahlung zum 1.1.011 von 6 Tsd. € und vier Zahlungen in Höhe von jeweils 6 Tsd. € von 1.1.12 bis 1.1.15 sowie einer Zahlung von 3 Tsd. € zum 1.1.16; Zinssatz 5 % mit:

$$B = 6.000 \text{ €} + 6.000 \text{ €} \cdot 3,545904 + 3.000 \text{ €} \cdot 1,05^5 = \\ = (6.000 + 21.276 + 2.351) \text{ €} = 29.627 \text{ €}.$$

Lösung zu Beispiel 37 Nr. 3: Pensionen mit Rentenbarwert

Zum 1.1.10 erfolgt die Zahlung an den Rentner R als vorschüssige Rente in Höhe von 6.000 €. Zum Abschlussstichtag 31.12.10 ist die Pensionsrückstellung nach der versicherungstechnischen Methode aufzulösen, d.h., sie wird nicht nach der buchhalterischen Methode um den Zahlungsbetrag von 6.000 € verringert. Sie ist vielmehr um die Differenz der Rentenbarwerte zum 1.1.10 in Höhe von 31.274 und zum 31.12.10 in Höhe von 29.033 €, d.h. um den Betrag von 2.241 € erfolgswirksam aufzulösen.

Der Vorgang stellt sich im Jahresabschluss der A AG zum 31.12.10 wie folgt dar (Beträge in €):

Aktiva	Bilanz A AG zum 31.12.10	Passiva
	Flüssige Mittel (Auszahlung 10)	6.000
	Pensionsrückstellung	29.033

Aufwendungen	GuV A AG 10	Erträge
Personalaufwand Altersversorgung		
Auszahlung 6.000 – Auflösung 4.483 =	1.517	
Verlängerung Lebenserwartung	2.241	

Die Pensionsrückstellung zum 31.12.10 in Höhe von 29.033 € hat sich gegenüber der Pensionsrückstellung zum 1.1.10 in Höhe von 31.274 € um den Betrag von 2.241 € vermindert. Die Verminderung wird durch zwei Faktoren beeinflusst:

- die Verkürzung des Barwertes der noch zu leistenden Zahlungen als Differenz des Rentenbarwertes zum 1.1.10 in Höhe von 31.274 € und des Rentenbarwertes zum 31.12.10 in Höhe von 26.791 € um den Betrag von 4.483 €, und
- die Erhöhung des Barwertes durch die Berücksichtigung der Verlängerung der durchschnittlichen Lebenserwartung von 75 auf 75,5 Jahre um den Betrag von 2.242 €.

Lösung zu Beispiel 37 Nr. 4: Pensionen mit Rentenbarwert

Bei Anwendung der buchhalterischen Methode der Auflösung von Pensionsrückstellungen bleibt deren Diskontierung bei der Bildung unberücksichtigt. Sie löst die Pensionsrückstellungen mit dem zu hohen Betrag der Auszahlungen auf und führt damit zu einer Verletzung der Bewertungsvorschrift des § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB. Bei wesentlichen Beträgen führt dies zur Nichtigkeit des Jahresabschlusses.

Das oben unter 3. angeführt Beispiel im Jahresabschluss der A AG zum 31.12.10 würde zu dem im Folgenden angeführten unzulässigen Ergebnis führen (Beträge in €):

Aktiva	Bilanz A AG zum 31.12.10	Passiva
	Flüssige Mittel (Auszahlung 10)	6.000
	Pensionsrückstellung	27.516

Aufwendungen	GuV A AG 10	Erträge
Personalaufwand Altersversorgung		
Verlängerung Lebenserwartung	2.242	

Die Pensionsrückstellung für den Rentner R würde in der Bilanz der A AG zum 31.12.10 nicht mit dem richtigen Betrag von 29.033 €, sondern mit dem um 1.517 € zu niedrigen Betrag angesetzt; in der Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 10 wäre der Aufwand für Altersversorgung um 1.517 € zu niedrig.

Lösungen zu Beispiel 38 Nr. 1: Pensionsanwartschaften mit Gegenleistung

Bei der Teilwertmethode werden die Leistungen des Unternehmens vom Zeitpunkt des Eintritts des Arbeitnehmers in die A AG bis zum Eintritt des Versorgungsfalls angesammelt.

Erfolgt die Pensionszusage nach dem Eintritt des Arbeitnehmers in das Unternehmen, ist zum Zeitpunkt der Pensionszusage eine Einmalrückstellung für die Pensionsverpflichtung unter Berücksichtigung der erbrachten Gegenleistung zu bilden.

Steuerrechtlich darf die Bildung erst nach neuer Regelung ab dem 27. Lebensjahr des Arbeitnehmers gebildet werden; die Regelung wird im Folgenden beachtet.

(a) Pensionsrückstellung im Jahr 10:

Bei dem vorgegebenen Rentenbarwert von 50 Tsd. € zu Beginn der Rentenzahlung mit Erreichen des 65. Lebensjahrs am 1.1.43 aufgrund der Pensionszusage an X zu dessen Alter von 32 Jahren und dem Zinssatz von 6 % p.a. errechnet man den Anwartschaftsbarwert (ABW) zum Finanzierungsbeginn 1.1.05 mit:

$$\text{ABW} = 50.000 \text{ €} \cdot 1,06^{38} = 5.462 \text{ €}$$

In die Pensionsrückstellung der folgenden Jahresabschlüsse der A AG ist nicht der Anwartschaftsbarwert, sondern der um die Gegenleistung des Arbeitnehmers X verminderte Betrag einzustellen.

Zur Ermittlung des Gegenleistungsbetrags ist der Anwartschaftsbarwert von 5.462 € durch die zeitliche Differenz zwischen dem Beginn der Pensionszahlung zum 1.1.43 und dem Finanzierungsbeginn zum 1.1.6 zu dividieren. Im vorliegenden Fall errechnet man den Betrag mit:

$$5.462 \text{ €} \cdot 38 = 143,74 \text{ €}$$

Den Anwartschaftsbarwert zum 31.12.10 errechnet man mit:

$$\text{ABW} = 50.000 \text{ €} \cdot 1,06^{32} = 7.748 \text{ €}$$

Für den Jahresabschluss zum 31.12.10 ergibt sich der in die Pensionsrückstellung für den Arbeitnehmer X einzustellende Betrag mit:

$$7.748 \text{ €} - 32 \cdot 143,74 \text{ €} = 3.148 \text{ €}.$$

Bei voller Einstellung des Betrags in die Pensionsrückstellung stellen sich die Bilanz der A AG zum 31.12.10 und die Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 10 wie folgt dar (Beträge in €):

Aktiva	Bilanz A AG zum 31.12.10	Passiva
	Pensionsrückstellung	3.148
Aufwendungen	GuV A AG 10	Erträge
Personalaufwand Altersversorgung	3.148	

Die Einstellung des Betrags von 3.148 € in die Pensionsrückstellung für den Arbeitnehmer X kann auch auf die Jahre 10 bis 12 aufgeteilt werden.

(b) Pensionsrückstellung im Jahr 15:

Bei dem vorgegebenen Rentenbarwert von 50 Tsd. €, dem Finanzierungsbeginn am 1.1.05 und der Pensionszusage an X bei dessen Alter von 32 Jahren und dem Zinssatz von 6 % p.a. errechnet man den Pensionsanwartschaftsbarwert zum 31.12.15 mit:

$$ABW = 50.000 \text{ €} \cdot 1,06^{27} = 10.368 \text{ €}$$

Für den Jahresabschluss zum 31.12.15 errechnet man bei dem Gegenleistungsbetrag von 143,74 € den in die Pensionsrückstellung für den Arbeitnehmer X einzustellenden Betrag mit:

$$10.368 \text{ €} - 27 \cdot 143,74 \text{ €} = 6.487 \text{ €}.$$

Die Zuführung zu der Pensionsrückstellung im Jahr 15 ergibt sich als Differenz zwischen den in dem Jahr 14 und dem Jahr 15 zu passivierenden Beträgen. Im Jahr 14 ergibt sich der Anwartschaftsbarwert mit:

$$ABW = 50.000 \text{ €} \cdot 1,06^{28} = 9.782 \text{ €}.$$

Der als Pensionsrückstellung im Jahr der A AG zum 31.12.14 anzusetzende Betrag ist:

$$9.782 \text{ €} - 28 \cdot 143,74 \text{ €} = 5.757 \text{ €}.$$

Der im Jahr 15 als Aufwand in der GuV der A AG anzusetzende Betrag ist danach 6.487 € - 5.757 € = 730 €.

Die im Jahresabschluss der A AG zum 31.12.15 anzusetzenden Beträge als Periodenaufwand in der GuV und als Pensionsrückstellung für den Arbeitnehmer X stellen sich wie folgt dar:

Aktiva	Bilanz A AG zum 31.12.15	Passiva
	Pensionsrückstellung	6.487
Aufwendungen	Gewinn- und Verlustrechnung A AG 15	Erträge
Personalaufwand Altersversorgung	730	

Lösungen zu Beispiel 38 Nr. 2: Pensionsanwartschaften mit Gegenleistung**(a) Pensionsrückstellung im Jahr 10:**

Bei dem vorgegebenen Rentenbarwert zu Beginn der Rentenzahlung mit Erreichen des 65. Lebensjahrs am 1.1.36 von 50 Tsd. € aufgrund der Pensionszusage an den Arbeitnehmer Y bei dessen Alter von 35 Jahren und dem Zinssatz von 6 % p.a. errechnet man den Anwartschaftsbarwert zum Finanzierungsbeginn 1.1.01 mit:

$$ABW = 50.000 \text{ €} \cdot 1,06^{35} = 6.505 \text{ €}$$

In die Pensionsrückstellung der folgenden Jahresabschlüsse der A AG ist nicht der Anwartschaftsbarwert, sondern der um die Gegenleistung des Arbeitnehmers Y verminderte Betrag einzustellen. Zur Ermittlung des Gegenleistungsbetrags ist der Anwartschaftsbarwert von 6.505 € durch die zeitliche Differenz zwischen dem Beginn der Pensionszahlung zum 1.1.40 und dem Finanzierungsbeginn 1.1.05 zu dividieren. Im vorliegenden Fall errechnet man den Betrag mit:

$$6.505 \text{ €} \cdot 35 = 185,86 \text{ €}$$

Den Anwartschaftsbarwert zum 31.12.10 errechnet man mit:

$$ABW = 50.000 \text{ €} \cdot 1,06^{29} = 9.228 \text{ €}$$

Für den Jahresabschluss zum 31.12.10 ergibt sich der in die Pensionsrückstellung für den Arbeitnehmer Y einzustellende Betrag mit:

$$9.228 \text{ €} - 29 \cdot 185,86 \text{ €} = 3.838 \text{ €}.$$

Die erstmalige Einstellung eines Betrags in die Pensionsrückstellung und der erstmalige Ansatz von Personalaufwand der Altersversorgung für den Arbeitnehmer Y stellen sich im Jahresabschluss der A AG zum 31.12.10 wie folgt dar (Beträge in €):

Aktiva	Bilanz A AG zum 31.12.10	Passiva
	Pensionsrückstellung	3.838
Aufwendungen	Gewinn- und Verlustrechnung A AG 10	Erträge
Personalaufwand Altersversorgung	3.838	

(b) Pensionsrückstellung im Jahr 15:

Bei dem in dem Sachverhalt vorgegebenen Rentenbarwert von 50 Tsd. €, der Pensionszusage an den Arbeitnehmer Y bei dessen Alter von 35 Jahren und dem Zinssatz von 6 % p.a. errechnet man den Pensionsanwartschaftsbarwert für den Arbeitnehmer Y zum 31.12.15 mit:

$$ABW = 50.000 \text{ €} \cdot 1,06^{24} = 12.349 \text{ €}$$

Für den Jahresabschluss zum 31.12.15 errechnet man bei dem Gegenleistungsbetrag von 185,86 € den in die Pensionsrückstellung für den Arbeitnehmer Y einzustellenden Betrag mit:

$$12.349 \text{ €} - 24 \cdot 185,86 \text{ €} = 7.888 \text{ €}.$$

Die Zuführung zu der Pensionsrückstellung im Jahr 15 ergibt sich als Differenz zwischen den in dem Jahr 14 und dem Jahr 15 zu passivierenden Beträgen. Im Jahr 14 ergibt sich der Anwartschaftsbarwert mit:

$$ABW = 50.000 \text{ €} \cdot 1,06^{25} = 11.650 \text{ €}.$$

Der als Pensionsrückstellung im Abschluss der A AG zum 31.12.14 anzusetzende Betrag ist:

$$11.650 \text{ €} - 25 \cdot 185,86 \text{ €} = 7.004 \text{ €}.$$

Der im Jahr 15 als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung der A AG anzusetzende Betrag ist danach $7.888 \text{ €} - 7.004 \text{ €} = 884 \text{ €}$.

Die im Jahresabschluss der A AG zum 31.12.15 anzusetzenden Beträge als Periodenaufwand in der GuV und als Pensionsrückstellung für den Arbeitnehmer Y in der Bilanz der A AG stellen sich wie folgt dar (Beträge in €):

Aktiva	Bilanz A AG zum 31.12.15	Passiva
	Pensionsrückstellung	7.888
<hr/>		
Aufwendungen	Gewinn- und Verlustrechnung A AG 15	Erträge
Personalaufwand Altersversorgung	884	

Lösungen zu Beispiel 39 Nr. 1: Versicherungsmathematische PUC-Methode

Nach Nr. 1 sind die im Folgenden angeführten Vorgänge der Ermittlung des Rentenanspruchs die dem Beschäftigten X zufallenden Werte zu ermitteln.

- a) Der Endbetrag, d.h. die gesamte Verpflichtung des Unternehmens am Ende des Berichtszeitraumes (closing obligation). Die Ermittlung des Endbetrages erfolgt unter h), nachdem die vorbereitenden Berechnungen unter b) bis d) erfolgt sind (Beträge in €):
- b) Das Gehalt des ersten Jahres ergibt sich bei der Gehaltserhöhung von 5 % p.a. mit 48.000 aufgezinst auf den Rentenbeginn am Ende des fünften Jahres. Für die Jahre 1 bis 5 errechnet sich das Gehalt mit 48.000, und durch Multiplikation mit 1,05 mit jeweils auf der Basis der vorhergehenden Werte 50.400, 52.920; 55.566 und 58.344.

Die Leistungen für die Jahre 2 bis 5 werden ermittelt durch die angeführten Gehälter multipliziert mit dem Marktzins von 8 %. Man errechnet die Leistung für das zweite Jahr mit $0,02 \cdot 48.000 \cdot 1,08^4 = 1.306$; für das dritte Jahr mit $0,02 \cdot 48.000 \cdot 1,08^3 \cdot 1,05 = 1.235$; für das vierte Jahr = 1.200 und für das fünfte Jahr 1.167.

- c) Die Leistung der Vorjahre wird im ersten Jahr als null angenommen. In den Jahren zwei bis fünf entspricht die Leistung der Vorjahre den kumulierten Leistungen der vergangenen Jahre. Für die Jahre zwei bis fünf wird die Leistung der Vorjahre zugeordnet. Danach gilt für das zweite Jahr 1.306, das dritte Jahr 2.576, das vierte Jahr 3.811 und das fünfte Jahr 5.011. Bei Addition ergibt sich die Summe der Leistung der Jahre zwei bis vier von $1.306 + 1.270 + 1.235 + 1.200 + 1.167$ mit dem Gesamtbetrag von 6.178.
- d) Die Einzelbeträge aus c) Die Summe der pro Jahr zugeordneten Leistungen für die Jahre eins bis fünf ergeben sich mit dem ersten Jahr als $0 + 1.306 = 1.306$, dem zweite Jahr als $1.306 + 1.270 = 2.576$, dem dritten Jahr als $2.576 + 1.235 = 3.811$, dem vierten Jahr als $3.811 + 1.200 = 5.011$ und dem fünften Jahr als $5.011 + 1.167 = 6.178$
- e) Die Verpflichtung des die Pensionsleistung erbringenden Unternehmens aus der Gewährung zu Beginn des Jahres (opening obligation) entspricht dem Barwert der Rentenzahlung betreffend die Leistung der Vorjahre unter Berücksichtigung eines angenommenen Marktzinssatzes von 8 %.

Es wird angenommen, dass bei Rentenbeginn am Ende des fünften Jahres der Barwert einer jährlichen Rentenzahlung von 1 gegeben mit 10. Die Rentenverpflichtung zu Beginn des ersten Jahres beträgt null. Die Verpflichtung zu Beginn des zweiten Jahres beträgt $1.306 \cdot 10 / 1,08^4 = 9.599$. Der Betrag ergibt sich durch Multiplikation der im zweiten Jahr bestehenden Leistung der Vorjahre mit dem Barwertfaktor 10 und anschließender Diskontierung um 4 Jahre (vom Ende des fünften Jahres auf den Anfang des zweiten Jahres). In gleicher Weise ermittelt man die Verpflichtungen zu Beginn des dritten Jahres mit $2.576 \cdot 10 / 1,08^3 = 20.449$; des vierten Jahres mit $3.811 \cdot 10 / 1,08^2 = 32.673$ und des fünften Jahres mit $5.011 \cdot 10 / 1,08^1 = 46.398$.

- f) Der Zinsaufwand ergibt sich mit 8 % der Verpflichtung des Unternehmens zum Jahresanfang für das Jahr eins mit null; zum Jahresanfang für das Jahr zwei mit $9.599 \cdot 8 \% = 768$; zum Jahresanfang für das Jahr drei mit $20.449 \cdot 8 \% = 1.636$; zum Jahresanfang für das Jahr vier mit $32.673 \cdot 8 \% = 2.614$; sowie zum Jahresanfang für das Jahr 5 mit $46.398 \cdot 8 \% = 3.712$.
- g) Der laufende Dienstzeitaufwand des Arbeitnehmers ergibt sich als Barwert der im aktuellen Jahr erdienten Leistung. Dabei ergeben sich analog zu dem Abschnitt e) sich die folgenden Ergebnisse: Jahr eins $1.306 \cdot 10 / 1,08^4 = 9.599$, Jahr zwei $1.270 \cdot 10 / 1,08^3 = 10.082$, Jahr 3 $1.235 \cdot 10 / 1,08^2 = 10.588$, Jahr vier $1.200 \cdot 10 / 1,08^1 = 11.111$ Jahr 5, und $1.167 \cdot 10 / 1,08^0 = 11.670$.
- h) Die für das Unternehmen bestehende Verpflichtung aus Pensionen zum Jahresende (closing obligation) ergibt sich analog zu dem Abschnitt e) mit Jahr eins zu $1.306 \cdot 10 / 1,08^4 = 9.599$; Jahr zwei als $2.576 \cdot 10 / 1,08^3 = 20.449$; Jahr 3 zu $3.811 \cdot 10 / 1,08^2 = 32.673$; Jahr 4 zu $5.011 \cdot 10 / 1,08^1 = 46.398$ und Jahr fünf zu $6.178 \cdot 10 / 1,08^0 = 61.780$.

Lösungen zu Beispiel 39 Nr. 2: Versicherungsmathematische PUC-Methode

In der Praxis und in den Internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen IAS 19 werden im Rahmen der Anwendung der versicherungsmathematischen Bewertungsmethode zur Bestimmung des Barwertes einer leistungsorientierten Verpflichtung, des damit verbundenen Dienstzeitaufwands und, falls zutreffend, des nach zu verrechnenden Dienstzeitaufwandes hat ein Unternehmen die Methode der laufenden Einmalprämien anzuwenden (IAS 19, 64.).

Jahr	1	2	3	4	5
Leistung erdient in früheren Dienstjahren (Benefit attributed to prior years)	0	1.306	2.576	3.811	5.011
Leistungen erdient in dem laufenden Dienstjahr (Benefit attributed to current year, 1 % of final salary)	1.306	1.270	1.235	1.200	1.167
Leistungen erdient in dem laufenden und früheren Dienstjahren (Benefit attributed to current and prior years)	1.306	2.576	3.811	5.011	6.178

Lösungen zu Beispiel 39 Nr. 3: Versicherungsmathematische PUC-Methode

Die versicherungsmathematische PUC-Methode zeigt im Hauptbereich die für die Rechnungslegung maßgeblichen Bereiche der Opening Obligation, der Closing Obligation und die im IAS 19 festgelegten Annahmen zum Abzinsungssatz der Interest at 10 %.

Jahr	1	2	3	4	5
Verpflichtung zu Beginn des Berichtszeitraums (Opening Obligation)	0	9.599	20.449	32.673	46.398
Zinsen von 10 % (Interest at 10 %)	0	768	1.636	2.614	3.712
Laufender Dienstzeitaufwand (Current Service Cost)	9.599	10.082	10.588	11.111	11.670
Verpflichtung am Ende des Berichtszeitraums (Closing Obligation)	9.599	20.449	32.673	46.398	61.780

Lösung zu Beispiel 40 Nr. 1: Garantierückstellungen**Alternative (1)**

Die Alternative (1) ist als Schätzverfahren für die Garantierückstellung trivial. Es wird, wie es vielfach bei Finanzbehörden anwenden, die Summe der Inanspruchnahmen aus Garantiefällen des Vorjahres als Grundlage für die Festlegung der Garantierückstellung im Jahresabschluss zum Ende des laufenden Jahres verwendet. Der als Rückstellung anzusetzende Betrag lässt sich leicht aus den abgewickelten Garantiefällen und der Summe der Inanspruchnahmen des Unternehmens ableiten.

Bei Zugrundelegung der oben angeführten Daten ist die **Garantierückstellung** der A AG im Jahresabschluss zum 31.12.10 in Höhe von 14 Mill. € anzusetzen.

Alternative (2)

Der Rückstellungsbetrag zum 31.12.10 soll in Höhe des Prognosewertes, der sich bei Anwendung der Methode der kleinsten Quadrate ergibt, angesetzt werden. Das Prognoseverfahren richtet sich auf die Schätzung eines linearen Trends.

Die Schätzgerade wird bestimmt durch: $y_i = a + b x_i$ mit x_i für die einzelnen vergangenen Jahre, auf deren Werte die Schätzung aufbaut. Die Bestimmung von a und b erfolgt nach den im Folgenden angeführten Formeln:

$$a = \bar{y} - b\bar{x}$$

$$b = \frac{\sum x_i y_i - n \bar{x} \bar{y}}{\sum x_i^2 - n \bar{x}^2} \quad \text{mit}$$

$$\bar{x} = \frac{1}{n} \sum x_i, \quad \bar{y} = \frac{1}{n} \sum y_i \quad \text{mit } i = 1 \text{ bis } n$$

Unter Anwendung der Formeln errechnen sich die für die Prognose notwendigen Daten wie folgt (Beträge in Mill. €):

$$\bar{x} = 1/5 \cdot (1 + 2 + 3 + 4 + 5) = 3$$

$$\bar{y} = 1/5 \cdot (7,5 + 9,2 + 10,0 + 11,5 + 14,0) \text{ Mill. €} = 10,44 \text{ Mill. €}$$

$$\sum x_i y_i = (1 \cdot 7,5 + 2 \cdot 9,2 + 3 \cdot 10,0 + 4 \cdot 11,5 + 5 \cdot 14,0) \text{ Mill. €} = 171,9 \text{ Mill. €}$$

$$\sum x_i^2 = 1^2 + 2^2 + 3^2 + 4^2 + 5^2 = 55$$

$$b = (171,9 \text{ Mill. €} - 5 \cdot 3 \cdot 10,44 \text{ Mill. €}) \cdot / (55 - 5 \cdot 3^2) = 15,3 \cdot / 10 = 1,53 \text{ Mill. €}$$

$$a = 10,44 \text{ Mill. €} - 1,53 \text{ Mill. €} \cdot 3 = 5,85 \text{ Mill. €}$$

Bei Einsetzen der ermittelten Werte stellt sich der Schätzwert für die im Jahresabschluss der A AG zum 31.12.10 anzusetzende **Garantierückstellung** wie folgt dar:

$$y = a + b x = 5,85 \text{ Mill. €} + 1,53 \text{ Mill. €} \cdot 6 = 15,03 \text{ Mill. €}.$$

Alternative (3)

Der Rückstellungsbetrag zum 31.12.10 bei Anwendung der Alternative (3) beruht auf subjektiven Einstellungen des Vorstands bzw. der Geschäftsführung. Dies gilt bezüglich des Aufbaus der Struktur der Schätzung und der für die Schätzung maßgeblichen Grunddaten sowie vor allem bezüglich der Höhe der erwarteten Rückstellungsbeträge und der Zuordnung der Wahrscheinlichkeit des Eintritts der Umweltzustände, die zu den erwarteten Rückstellungsbeträgen führen. Die Aufarbeitung der subjektiv geschätzten Daten ist nach Festlegung der Verfahren objektiviert.

Ein einfaches Verfahren ist die Bestimmung der Höhe der Garantierückstellung auf der Basis des Erwartungswertes. Hierbei werden die subjektiv geschätzten Rückstellungsbeträge mit den jeweiligen, gleichfalls subjektiv geschätzten Eintrittswahrscheinlichkeiten der alternativen Umweltzustände, die zu den jeweiligen Rückstellungsbeträgen führen, multipliziert. Als Summe erhält man den Betrag der Garantierückstellung.

Die Berechnung der **Garantierrückstellung** R unter Zugrundelegung der oben angegebenen Daten stellt sich wie folgt dar (Beträge in Tsd. €).

$$R = 0,75 \cdot 17 \text{ Mill. €} + 0,05 \cdot 20 \text{ Mill. €} + 0,2 \cdot 15 \text{ Mill. €} = 16,75 \text{ Mill. €}$$

Lösung zu Beispiel 40 Nr. 2: Garantierückstellungen

Alternative (1) hat den höchsten Objektivitätsgrad bezüglich der Schätzung der Garantierückstellung. Der anzusetzende Betrag ist unmittelbar aus den in der GuV angesetzten Aufwendungen für Inanspruchnahmen der A AG im Jahr 10 zu übernehmen.

Kritisch ist die ausschließliche Vergangenheitsorientierung der Ermittlung der Garantierückstellungen bei Alternative (1) zu beurteilen, vor allem, wenn sich die Vergangenheitsorientierung auf das vorhergehende Geschäftsjahr beschränkt. Das Vorgehen berücksichtigt weder neu eingeführte Produkte oder Änderungen der bisher hergestellten Produkte, noch Änderungen der Produktionsverfahren, die positiven, aber auch negativen Einfluss auf die Garantiefälligkeit der ausgelieferten Produkte ausüben können.

Alternative (2) hat gleichfalls einen hohen Objektivitätsgrad bezüglich der Schätzung der Garantierückstellung. Der anzusetzende Betrag wird unter Verwendung eines allgemein anerkannten Schätzverfahrens auf der Grundlage der Entwicklung der Garantierückstellungen in den vorhergehenden Geschäftsjahren ermittelt. Subjektiv ist die Zahl der berücksichtigten Perioden, die das Schätzergebnis beeinflussen kann.

Auch die Prognoserechnung baut auf vergangenheitsorientierten Daten auf und berücksichtigt nicht die neu eingeführten Produkte oder Änderungen der bisher hergestellten Produkte, noch Änderungen der Produktionsverfahren, die zu einer Verminderung, aber auch zu einer Erhöhung der Anzahl der Garantiefälle und der auf die Änderungen zurückgehenden Beträge, in deren Höhe die A AG in Zukunft in Anspruch genommen wird, führen.

Alternative (3) hat einen geringen Objektivitätsgrad bezüglich der Schätzung der Garantierückstellung. Die das Ergebnis wesentlich beeinflussenden Größen, nämlich die Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme aus Garantiefällen und die Zuordnung der Eintrittswahrscheinlichkeiten, sind ausschließlich subjektiv. Dies ist zu relativieren, wenn die Festlegung der maßgeblichen Daten unter Berücksichtigung von Vergangenheitswerten und der Einbeziehung erwarteter Abweichungen von Garantieverpflichtungen erfolgt.